

presse

20. Sozialerhebung: Wanka bleibt BAföG-Erhöhung schuldig

Zur heute vorgestellten 20. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Trotz einiger Lichtblicke in der aktuellen Sozialerhebung bedarf es weiterer Anstrengungen, um die soziale Situation der Studierenden zu verbessern.

Es ist erfreulich, dass das dauerhafte studienbegleitende Arbeiten insgesamt geringfügig gesunken ist, insbesondere bei Studierenden aus den mittleren und niedrigen sozialen Herkunftsgruppen. Dies ist vor allem auf die Abschaffung der unsinnigen Studiengebühren zurückzuführen, gegen die sich die SPD seit jeher ausgesprochen hatte.

Positiv ist auch, dass sich die Studierenden bezüglich der zeitlichen Belastung und der Prüfungsdichte im Studium zufriedener zeigen als vor drei Jahren. Die Reform der Bologna-Reform nach den Bildungsprotesten 2009 zeigt damit ihre Wirkung.

Dennoch bleiben Baustellen, an denen gearbeitet werden muss. Während Kinder aus Akademikerfamilien zu 77 Prozent ein Studium aufnehmen, stagniert der Anteil von Studierenden aus bildungsfernen Schichten bei 23 Prozent. Bildungschancen hängen damit immer noch stark von der sozialen Herkunft ab. Was wir brauchen, ist eine sozial gerechtere Bildungsfinanzierung mit einem leistungsfähigen BAföG. Doch Bundesministerin Wanka hat dem Bundestag bis heute kein Konzept für BAföG-Verbesserungen vorgelegt. Eine Anhebung sowohl der Bedarfssätze als auch der Einkommensgrenzen ist längst überfällig. Doch die jetzige Bundesregierung lässt die jungen Menschen bereits seit drei Jahren mit Ausreden und Schönrederei warten und hat alle Vorschläge der SPD

abgelehnt.

Zudem hat die Bundesregierung bislang versäumt, auf die erfreulicherweise steigenden Studierendenzahlen mit dem Ausbau einer angemessenen Betreuung aller Studierenden zu reagieren. Mit einem von uns vorgeschlagenen Hochschulsozialpakt, der unter anderem den Ausbau von studentischem Wohnraum und die Stärkung der Studierendenbetreuung vorsieht, kann die soziale Lage der Studierenden verbessert werden. Die Angebote der Hochschulen müssen mit den Studierendenzahlen mitwachsen.

Trotz einiger positiver Entwicklungen sind die Ergebnisse der Sozialerhebung auch ein Indikator für die Versäumnisse der jetzigen Bundesregierung in den letzten vier Jahren.

Die SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund die Länder und Hochschulen und nicht zuletzt die Studierenden dabei unterstützt, die soziale Lage der Studierenden zu verbessern.